

PLENUM AKTUELL

16. – 18. Nov. 2010

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Gesetzentwürfe der SPD: Korruptionsbekämpfung + Bürgerbeteiligung

Gleich zwei Gesetzentwürfe hat die SPD-Landtagsfraktion in dieser Woche eingebracht und damit auf fehlende Regelungen bzw. auf Notwendigkeiten reagiert.

Insbesondere die Einbringung eines „**Korruptionsbekämpfungsgesetzes**“ ist längst überfällig. Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie entsteht in Deutschland allein im öffentlichen Sektor durch Korruption ein volkswirtschaftlicher Schaden in Höhe von 2 Milliarden Euro. Die SPD schafft nun die erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen, um der Korruption im öffentlichen Bereich effizient und präventiv begegnen zu können. Korruption beeinträchtigt den fairen Wettbewerb und führt dazu, dass das Vertrauen in den Staat und seine Einrichtungen verloren geht. Gerade die jüngsten Vorfälle in Hessen – bei der unrechtmäßigen Vergabe im Bereich des Digitalfunks – sind zu kritisieren und haben zu erhöhten Kosten zu Lasten der Steuerzahler geführt.

Mit der Erleichterung der Teilnahme an Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden wollen wir als SPD die **Bürgerbeteiligung stärken**. Insbesondere die Beteiligungs- und Zustimmungswerten in größeren Städten sind derzeit so hoch, dass von rund 100 Bürgerbegehren in Hessen bislang keines in einer Großstadt stattfand, da diese alle an den hohen Zustimmungserfordernissen scheiterten.

Beide Gesetzentwürfe gehen jetzt in die Ausschussberatungen und in die Anhörungen.

Haushalt 2011

Der Haushalt 2011 wurde in dieser Plenarwoche in 2. Lesung beraten. Die Haushaltssatzung sieht ein Defizit in der Größenordnung von 2,8 Milliarden Euro vor. Für uns sind nicht nur die Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen, sondern es muss insbesondere auch geprüft werden, wie Mehreinnahmen für Hessen akquiriert werden können. Und zwar solche Mehreinnahmen, die uns aufgrund verfehlter Finanzpolitik von CDU und FDP auf Bundesebene verwehrt werden.

Durch die von schwarz-gelb durchgesetzten Steuervergünstigungen für die Hotellerie und große Unternehmen (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) gehen dem Staat ca. 1 Milliarde Euro verloren. Das trifft das Land Hessen mit rund 100 Mio. Euro und die hessischen Kommunen nochmals mit 100 Mio. Euro jährlich. Hier fordern wir (über die Landesregierung im Bundesrat) umgehend die Rücknahme dieser Steuererleichterungen, da diese Mindereinnahmen Land und Kommunen fehlen und letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern aufgebracht werden müssen.

Auch die Forderung der SPD nach Erhöhung des Einkommens-Steuerspitzensatzes (49% ab Jahreseinkommen von 200.000 Euro für Verheiratete bzw. 100.000 Euro für Unverheiratete) trägt dem Ziel einer gerechten Beteiligung der Besserverdienenden an der Finanzierung des Staatswesens Rechnung. Für Hessen und seine Kommunen wären damit jährlich 200 Mio. Euro an Mehreinnahmen zu erwarten.

In unserem Haushaltsantrag fordern wir die Landesregierung auf, die Kürzung im Kommunalen Finanzausgleich um 360 Mio. Euro umgehend zurückzunehmen, da es unverantwortlich ist, die Kommunen weiter zu belasten. Das Land saniert sich in unverantwortlicher Weise auf dem Rücken der Kreise, Städte und Gemeinden. Dies bedeutet für viele Kommunen, dass sie wichtige Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge, aber auch der freiwilligen Leistungen und Investitionen, nicht mehr finanzieren können. Wir lehnen eine Finanzpolitik des Landes zu Lasten der Kommunen ab und fordern umgehend eine bessere Finanzausstattung für die kommunale Ebene.

System „Bouffier“ zerbricht

Nach dem Bouffier vom Stuhl des Innenministers auf den Sessel des Ministerpräsidenten gewechselt ist, kommen unglaubliche Zustände im Bereich des Innenministeriums und insbesondere im Bereich der Polizei ans Tageslicht. Ein Skandal jagt den anderen und es schreit nach weiteren Maßnahmen.

Der Führungsstil Bouffiers und seiner Handlanger, wie des ehemaligen Landespolizeipräsidenten Norbert Nedela, wirft ein fragwürdiges Licht auf den Umgang mit den Beschäftigten. Diese Personalpolitik nach Gutsherrenart hat über mehr als zehn Jahre zu einer vergifteten Atmosphäre in weiten Teilen der Polizei geführt. Wir befinden uns jedoch nicht im „Tatort“, sondern bei der Hessischen Polizei.

Hier brechen mit dem Weggang des obersten Hardliners alle Dämme, und unglaubliche Vorgänge kommen ans Licht. Da ist die Rede von gefälschten Gesprächsprotokollen, auf breiter Front gibt es Mobbingvorwürfe, es wird von Intrigen berichtet und vieles mehr. „Der Fisch stinkt vom Kopf her“, so titelt die Fuldaer Zeitung zu Recht.

Nach Nedela trat nun auch die Präsidentin des Landeskriminalamts, Sabine Thureau, vorübergehend von ihrem Job zurück. Gegen sie wird wegen Falschaussagen und Verfolgung Unschuldiger ermittelt. Heute zeigt sich, dass die Besetzung der Position des Präsidenten der Bereitschaftspolizei nach Gutsherrenart mit einem Parteifreund Bouffiers nur die Spitze des Eisbergs war. Auch hier ermittelt heute noch der Untersuchungsausschuss.

Der hessische Polizeiapparat stellt sich derzeit als ein einziger Scherbenhaufen dar. Doch diese Affären dürfen nicht auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten ausgetragen werden. Denn sie leisten einen hervorragenden Job und arbeiten bei einer 42-Stunden-Woche bis an den Rand ihrer Belastbarkeit. Doch statt Anerkennung der guten Arbeit, die von den Polizistinnen und Polizisten geleistet wird, gibt es nur Druck, und Kritik wird nicht geduldet.

Fatale Atompolitik von CDU + FDP

Die von schwarz-gelb getroffene Entscheidung zur Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke ist unverantwortlich für die Entwicklung regenerativer Energien und kehrt den giftigen Atommüll in unverantwortlicher Weise künftigen Generationen vor die Füße.

Die massenhaften Proteste gegen die Castor-Transporte sind Ausdruck des Widerstandes der Bevölkerung gegen die verfehlte Atompolitik von Bund und Land. Damit haben CDU und FDP einen gesellschaftlichen Großkonflikt wieder aufleben lassen.

Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, zur Verlängerung der Atomlaufzeiten den Vermittlungsausschuss anzurufen. Denn die fehlenden Antworten auf die völlig ungeklärte Entsorgungsfrage und die Gefahren, die von dem hochgiftigen Atommüll ausgehen, rufen danach, an dem damals gefundenen Atomkonsens und damit am Ausstieg aus der Atomkraft unbedingt festzuhalten.

Die völlige Konzeptlosigkeit der Landesregierung wird auch daran deutlich sichtbar, dass die zuständige Hessische Umweltministerin ein Zwischenlager für Castor-Behälter in Biblis ausschließt, während sich wenige Stunden später der Hessische Ministerpräsident dort eine Zwischenlagerung vorstellen kann. Der atompolitische Blindflug von CDU und FDP endet in einem schmutzigen Deal mit der Atomlobby, die dabei einen Milliarden-Reibach macht. Die schlampige Gesetzgebung auf Bundesebene hat z.B. ein Steuer-Schlupfloch für RWE gelassen, die so durch den vorzeitigen Wechsel von Brennelementen rund 280 Mio. Euro Kernbrennstoffsteuer sparen.

Eine Information von Brigitte Hofmeyer, MdL

www.Hofmeyer-MdL.de